

Liebe Engagierte und Interessierte,

Wir freuen uns, dass Ihr wieder mit dabei seid und wir die solidarische Arbeit auch in diesem Jahr gemeinsam versuchen voranzutreiben.

Mit dem Bericht durch das Medienhaus Correctiv sind Befürchtungen wahr geworden, die wir nicht mehr nur mit Schweigen so hinnehmen können, sondern die uns alle aufrütteln sollten und uns gemeinsam für die Demokratie einstehen lassen sollte.

Aus diesem Grund hat der Flüchtlingsrat RLP e. V. auch dazu Stellung genommen, die wir auf Seite 2 dieses Infobriefes aufgenommen haben.

Bleiben wir gemeinsam stark!

Herzliche Grüße
Das Team von **civi kune** RLP

Mehr über uns und unsere Angebote findet Ihr auf unserer [Homepage](#).

Inhalt

Editorial & Impressum	1
Flüchtlings- und Integrationsarbeit in Rheinland-Pfalz	3
Fördermöglichkeiten und Wettbewerbe	6
Flüchtlingspolitik	7
Rechtsprechung, rechtliche Hilfen und Forderungen	9
Pressemitteilungen, Rundschreiben und Erlasse	9
Materialien und Veröffentlichungen	10
Termine und Veranstaltungen	12
Aufruf zur Mitgliedschaft	13

Impressum

civi kune RLP – Flucht · Begegnung · Solidarität
Flüchtlingsrat RLP e. V. · Leibnizstraße 47 · 55118 Mainz
Vertreten durch: Jürgen Pirrong, Anna Jutz, Lena Kast

Telefon: 06131 4924736 · Telefax: 06131 4924735
ehrenamt@fluechtlingsrat-rlp.de
www.civi-kune-rlp.de · Facebook · Instagram

Gefördert von



Rheinland-Pfalz
MINISTERIUM FÜR
FAMILIE, FRAUEN, KULTUR
UND INTEGRATION



civi kune RLP
Flucht · Begegnung · Solidarität

Stellungnahme des Flüchtlingsrat e. V. zu dem Bericht durch das Medienhaus Correctiv

„Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät.“

Erich Kästner: Über das Verbrennen von Büchern, Zürich: 2012, Atrium Verlag

Wir fragen uns, wann ist es dieses Mal zu spät? Werden wir eines Tages wieder zurückblicken und sagen: „Hätten wir doch bloß...!“? Wir wollen aber nicht wieder auf so eine grauenhafte Zeit zurückblicken und unser Nichtstun mit den Ausreden: keine Zeit, zu wenig Energie, keine Ideen, zu wenig Einfluss oder Angst begründen müssen.

Alles zählt. Jeder Mensch, der aufsteht und versucht, etwas zu bewegen, jedes Engagement, jeder Cent. In der eigenen Familie, in der Nachbarschaft, im Viertel, in der Schule oder bei der Mittagspause mit den Kolleg:innen bei der Arbeit.

Die Tendenz in den EU-Mitgliedstaaten zeigt nichts Anderes: Die Demokratie ist in Gefahr und wir müssen sie dringend schützen, denn wir haben gar keine Wahl. Wobei doch, wir dürfen wählen: Gegen Rechts! Gegen Demokratiefeind:innen! Gegen Rassist:innen! Wir können das schaffen, aber nur gemeinsam! Denn wir wollen dem rechten Hass, dem Rassismus und der Menschenfeindlichkeit keinen Platz bieten!

„Es sind Kleinigkeiten, die den Unterschied ausmachen können und die den sozialen oder diskursiven Raum für diejenigen öffnen, die aus ihm vertrieben werden sollen. Vielleicht ist der wichtigste Gestus gegen den Hass: sich nicht vereinzeln zu lassen. Sich nicht in die Stille, ins Private, ins Geschützte des eigenen Refugiums oder Milieus drängen zu lassen. Vielleicht ist die wichtigste Bewegung, die aus sich heraus. Auf die anderen zu. Um mit ihnen gemeinsam wieder die sozialen und öffentlichen Räume zu öffnen.“

Carolin Emcke: Gegen den Hass, 2016

Bleibt stark, engagiert Euch weiter, spricht mit den Menschen in Eurem Umfeld, informiert Euch über Aktionen in Eurer Region.

Flüchtlings- und Integrationsarbeit Rheinland-Pfalz

Helmut-Simon-Preis für sechs Integrations- und Inklusionsprojekte in Rheinland-Pfalz

Sechs Integrations- und Inklusionsprojekte konnten sich zum Jahresende 2023 über die Auszeichnung des „Helmut-Simon-Preis“ freuen. Dieser Preis würdigt alle zwei Jahre das Engagement von Personen, Institutionen und Initiativen. Im Festsaal der Staatskanzlei in Mainz nahmen die sechs Projekte die Preise entgegen, Ministerpräsidentin Malu Dreyer ehrte diese im Namen der drei Diakonischen Landesverbände.

Im Bereich Flucht und Migration erhielt die *Refugee Law Clinic Trier e. V.* einen Preis mit 1.500 € Preisgeld. Dieses Jahr wurden zwei Sonderpreise an herausragende Initiativen verliehen. Die Projekte wurden für ihren ausdauernden und nachhaltigen Einsatz für gelingende

Integration geehrt. Diese gingen an die *Ökumenische Flüchtlingshilfe gGmbH* in Ingelheim, welche eigene Wohnungen in Rheinhessen für Flüchtlinge zur Verfügung stellt und sie begleitet, bis sich neue Perspektiven entwickeln und an den *Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz*, welcher Haupt- und Ehrenamtliche, die Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografie unterstützen, berätet, weiter qualifiziert und vernetzt.

Wer ebenfalls einen Preis verliehen bekommen hat, könnt Ihr [hier](#) nachlesen.

Flüchtlingsinitiativen: Die Stadt Mainz tut zu wenig

Angebote für Gesundheit, Wohnungen, Bildung und Betreuung – in Mainz fehlt einiges für Geflüchtete. Der Mainzer Flüchtlingsrat, die Ökumenische Flüchtlingshilfe Oberstadt (ÖFO) und der Verein Armut und Gesundheit in Deutschland, drei Initiativen aus Mainz, kritisieren die Stadt Mainz, da sich die Stadt in ihren Augen zu wenig für Geflüchtete einsetzt.

[Hier](#) könnt Ihr unseren Artikel dazu nachlesen.

SWR berichtet: Junge Geflüchtete allein in der AfA Trier

In einem Bericht des SWR wird von drei Fallbeispielen berichtet, in denen junge Männer aus Afghanistan auf die Unterstützungsstruktur von Jugendeinrichtungen verzichten müssen, da sie aufgrund einer angenommenen Volljährigkeit in der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) leben müssen. Sie fühlen sich dort allein gelassen.

Ihr findet den Artikel auf unserer [Homepage](#).

Start des Projektes: „Aktiv für Flüchtlinge 2.0“

Anfang Januar startete das Projekt „Aktiv für Flüchtlings-2.0“ des Ausländerpfarramt Bad Kreuznach.

In seinem ersten Newsletter berichtet das Projekt über seine Aufgaben der ehrenamtlichen Beratung, Sprachtreffs und dem monatlichen Austausch von ehrenamtlich Aktiven. Ebenfalls hat das Bon-Café seine Türen geöffnet.

Ihr findet den Newsletter mit allen wichtigen Informationen des Projektes auf unserer [Homepage](#).

Offener Austausch zu den Wahlen 2024 in Rheinland-Pfalz

Für den 24. Januar 2024 haben wir, der Flüchtlingsrat RLP e. V. mit seinen zwei Projekten civikune RLP und BuP, ein digitales Vernetzungstreffen organisiert. Unsere Idee war es, einen offenen Austausch zu ermöglichen, bei dem es um die anstehenden Kommunal- und Europaparlamentwahlen gehen sollte. Welche Aktionen, Ideen, etc. haben Initiativen, Einzelpersonen, Vereine uvm. in Rheinland-Pfalz dazu geplant? Bei einem schönen informativen Austausch, wurde zunächst über die allgemeine Stimmung zur aktuellen politischen Situation gesprochen. Was klar wurde: In den Köpfen der Menschen bleiben häufig nur negative Schlagzeilen hängen statt positive, was zur Folge hat, dass Hass gegen Geflüchtete geschürt wird. Die Negativschlagzeilen entstehen oftmals durch Falschaussagen welche in den Medien erscheinen, weshalb eine Idee der Teilnehmenden die

Schulung von Journalist:innen beinhaltet. Ebenfalls war eine weitere Idee, niedrigschwelliges Infomaterial in Form von Postkarten oder Flyern in den Umlauf zu bringen, mit wahren Zahlen und Fakten. Als Eye-Catcher findet man solche Postkartenaktionen unter anderem in Bars, Restaurants, Kinos, Cafés und weiteren öffentlichen Orten.

Die Teilnehmenden äußerten gegen Ende vor allem die große Sorge vor den anstehenden Wahlen. Euch geht es genauso? Ihr seid nicht alleine. Engagiert Euch, sprecht mit den Menschen in Eurem Umfeld und informiert Euch über Aktionen in Eurer Region.

Ihr habt weitere Ideen oder Aktionen geplant? Teilt sie uns gerne mit unter: ehrenamt@fluechtlingsrat-rlp.de

Ministerpräsidentin Malu Dreyer zeichnet digitale Innovation im Ehrenamt aus

Mitte Januar wurden beim Ideenwettbewerb 4.0 Vereine und Organisationen für digitale Innovation im Ehrenamt ausgezeichnet. Bereits zum siebten Mal wurde der Wettbewerb durch Ministerpräsidentin Malu Dreyer ausgeschrieben. Hiervon wurden durch eine sechsköpfige Jury die vielversprechendsten zehn Projekte ausgewählt, die ein Preisgeld von jeweils 1.000 €

erhalten. Unter anderem wurde Vielfalter e. V. Kaiserslautern mit dem Projekt: Vielfalt e. V. Kaiserslautern digital ausgezeichnet.

[Hier](#) könnt Ihr nachlesen, was das Projekt ausmacht und welche weiteren Vereine und Organisationen gewonnen haben.

Ehrenamtliche werden weiterhin händeringend gesucht

Die Stimmen gegen Geflüchtete werden immer lauter, es sollen immer mehr Menschen und es soll immer schneller abgeschoben werden. Ehrenamtlich Aktive in der Arbeit mit Schutzsuchenden versuchen die „Willkommenskultur“ irgendwie aufrechtzuerhalten, doch auch ihnen fehlt die Kraft und vor allem Verstärkung.

Für eine gelungene Integration ist eine Unterstützung durch ehrenamtlich Aktive, vor allem in den ersten Monaten nach Ankunft, notwendig. Doch wie schon oft berichtet wurde, ist das zivilgesellschaftliche Engagement rückläufig und gerade auch im Engagement für und mit

Geflüchteten gehen die Zahlen der Engagierten seit den Jahren 2015 und 2016 stetig zurück. Viele Initiativen haben sich bereits aufgelöst und die, die übrig geblieben sind, suchen dringend nach Verstärkung. Woran liegt es, dass die Einsatzbereitschaft so abgenommen hat und es so schwierig geworden ist, neue Ehrenamtliche zu finden, die sich für Geflüchtete engagieren möchten?

Ihr findet die Antwort gleich [hier](#), ebenso einige Hilfestellungen wie die letzten ehrenamtlich Engagierten zu unterstützen sind.

Fördermöglichkeiten und Wettbewerbe

Integration von queeren Geflüchteten stärken

Um die Beratungsstrukturen für queere Geflüchtete und Migrant*innen außerhalb der Ballungszentren zu stärken, bietet der Lesben- und Schwulenverband mit Unterstützung der Robert Bosch Stiftung und in Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld eine Förderung für Projekte an. Ziel ist, Empowerment sowie gesellschaftliche und politische Teilhabe für LSBTIQ* mit Flucht- und/oder Migrationshintergrund zu ermöglichen und zu stärken.

Daher steht neben der finanziellen Förderung auch der Informationsaustausch zwischen den geförderten Projekten im Fokus des Förderprogramms. Angesprochen sind gemeinnützige Organisationen, die außerhalb der großen Ballungsgebiete in Deutschland agieren.

Bewerbungsfrist: 31. März 2024

Weitere Informationen gibt es [hier](#).

IKEA-Stiftung

Die IKEA Stiftung fördert u. a. Initiativen, die die Wohn- und Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen verbessern helfen. Die Stiftung möchte jedem Antragsteller die Möglichkeit geben, sich nach eigenem Ermessen darzustellen – vorzugsweise im A4-Format und mit ungebundenen Unterlagen.

Bewerbungsfrist: 1. April 2024 - Die Chancen, bei der nächsten Sitzung vorgestellt zu werden, sind jedoch desto größer, je früher der Antrag eingereicht wird.

Weitere Informationen gibt es [hier](#).

Stipendien der START-Stiftung

Die START-Stiftung möchte Jugendliche mit Migrationsbezug in ihrer Bildungs- und Engagementbiografie fördern, sie mit Ressourcen unterstützen sowie ihnen Netzwerke und Zugänge ermöglichen. Jugendliche, die selbst nach Deutschland zugewandert sind oder Kinder eines zugewanderten Elternteils, die bis zum 30. September 2024 mindestens 14 Jahre alt sind sowie ab dem Schuljahr 2024/25 noch mindestens drei Jahre zur Schule gehen, können sich auf eines der drei angebotenen Bildungsprogramme bewerben.

Bewerbungsfrist: 17. März 2024

Weitere Informationen gibt es [hier](#).

Förderprogramm „Inklusion einfach machen“

Die Aktion Mensch fördert mit diesem Programm Personal-, Honorar- und Sachkosten sowie Investitionen in Höhe von bis zu 60.000 € bei einem Fördersatz von bis zu 95 %. Förderfähig sind Projekte, die Inklusion voranbringen, in dem die Voraussetzungen geschaffen werden, die die Zielgruppen (Menschen mit Behinderungen und/oder Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre und/oder Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten) am politischen gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben und mitgestalten lassen.

Weitere Informationen gibt es [hier](#).

Flüchtlingspolitik

Abschiebestopp in den Iran Ende Dezember ausgelaufen

Ein in allen Bundesländern geltender Abschiebestopp in den Iran wurde auf der Innenministerkonferenz im Dezember nicht verlängert. Der Abschiebestopp lief somit zum 31.12.2024 aus. In Rheinland-Pfalz wurde zuletzt im August 2023 eine Verlängerung des Abschiebestopps vom Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration ausgesprochen. Seit dem 1. Januar 2024 droht nun iranischen Geflüchteten damit wieder die Abschiebung in ihr Herkunftsland.

Gemeinsam gegen Rechts!

In Deutschland gingen die letzten Tage mehrere hunderttausende Menschen auf die Straßen. Als Zeichen für die Demokratie und gegen den Rechtsextremismus unseres Landes. Auch in Rheinland-Pfalz fanden viele Demonstrationen und Kundgebungen statt.

Auslöser der Proteste in Orten ist ein Bericht des Medienhauses CORRECTIV, welche durch ihre Recherche ein geheimes Treffen hochrangiger AfD-Politiker:innen, Neonazis und finanzstarker Unternehmer aufdeckten. In diesem

Treffen wurde stark über die sogenannte „Remigration“ gesprochen, mit denen Rechtsextreme die Deportation von Menschen mit Migrationshintergrund meinen. Aus diesem Grund gingen Millionen von Menschen bundesweit auf die Straßen. Unter anderem Karlsruhe mit knapp 20.000 Menschen, Hamburg etwa 50.000 Teilnehmenden, Frankfurt 40.000 Menschen oder auch Köln mit 70.000 Demonstranten. Auch in Städten im Osten gingen Menschen auf die Straßen. In Leipzig seien es laut dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) etwa 30.000 Men-

schen gewesen. Einige Demonstrationen wurden frühzeitig wegen der zu hohen Besucherzahl beendet.

In Rheinland-Pfalz gingen ebenfalls tausende Menschen auf die Straßen: In Mainz und auch in Koblenz gingen mehr als 5.000 Menschen auf die Straßen, in Kasel (Kreis Trier-Saarburg) waren es am Sonntag knapp 500 Menschen. In den nächsten Tagen werden in weiteren Städten wie Bad Kreuznach oder Kaiserslautern weitere Demonstrationen stattfinden. Es ist auch für uns von *civi kune* RLP erfreulich zu sehen, wie sehr dieser [Bericht von CORRECTIV](#) die Menschen wieder aufmerksam macht und viele Menschen

auf die Straße gehen, um gemeinsam ein Zeichen zu setzen gegen Rechts!

Auch wenn sich einige Politiker:innen positiv zu den Demonstrationen und Kundgebungen äußern, möchten wir Euch dennoch einen Positionstext von Kai Weber vom Flüchtlingsrat Niedersachsen mitgeben, in dem er über das, seit dem 19.01.2024 beschlossene, „Rückführungsverbesserungsgesetz“ der Bundesregierung und dem neuen Grundsatzprogramm der CDU schreibt.

Ihr findet den Text [hier](#).

Ist dieses Land weiterhin lebenswert für Menschen mit Migrationsgeschichte

Die Tatsache, dass Menschen mit Migrationsgeschichte sich in Deutschland angefeindet und diskriminiert fühlen, ist nichts Neues. Doch der migrationsfeindliche politische Diskurs trägt mit dazu bei, dass die Lage sich in Deutschland verschlimmert.

Für die meisten Menschen in Deutschland geht es momentan viel mehr um eine politische Frage. Doch für die Menschen, die tagtäglich in der Schule, am Arbeitsplatz und in der U-Bahn als Menschen mit Migrationsgeschichte gelesen werden, geht es um viel mehr als das.

„Menschen, die als Kinder von Einwanderern in Deutschland aufgewachsen sind, fragen sich,

ob es für sie hier noch eine Zukunft gibt“, berichtet Staatsministerin Reem Alabali-Radovan, die sich in der Bundesregierung um Fragen zu Integration und Antirassismus kümmert. „Das ist beschämend für unser Land, gerade mit unserer Geschichte.“ Und die Grünen-Innenpolitikerin Misbah Khan sagt, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte jeden Tag dafür kämpfen müssten, ein gleichberechtigter Teil unserer Gesellschaft zu sein. „Die menschenverachtenden Vertreibungspläne der AfD sind dabei eine zusätzliche psychische Belastung für die Betroffenen.“

Den ganzen Beitrag gibt es im [Migazin](#) zu lesen.

Rechtsprechung, rechtliche Hilfen und Forderungen

Offener Brief an die Bundesregierung

Unser Trägerverein der Flüchtlingsrat RLP e. V. und 49 weitere Organisationen haben einen offenen Brief an die Bundesregierung unterzeichnet.

Die Botschaft: Die geplante Verlängerung des Zeitraums, in dem Asylsuchende nur reduzierte Sozial- und Gesundheitsleistungen zustehen, muss gestoppt werden!

Anstatt die Leistungen für Asylsuchende weiter zu kürzen, fordert der Flüchtlingsrat RLP e. V.:

- Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen!
- Den Anspruch auf alle Gesundheitsleistungen der gesetzlichen Krankenkassen für Geflüchtete
- Eine elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete in allen Bundesländern
- Anspruch auf qualifizierte Sprachmittlung

Den ganzen Brief lest ihr auf der [Website des Flüchtlingsrat RLP e. V.](#)

Pressemitteilungen, Rundschreiben und Erlasse

Hand in Hand - jetzt solidarisch aktiv werden!

Das Netzwerk „Hand in Hand“ ruft gemeinsam zur Demonstration gegen Rechtsextreme am 3. Februar in Berlin auf. Hierzu haben über 500 Organisationen folgenden Aufruf unterzeichnet:

„Krisen, Kriege, Katastrophen – die Welt um uns herum gerät immer mehr ins Wanken. Vieles, worauf wir uns verlassen haben, ist unsicher. In einer sich schnell bewegenden Welt sehen wir, wie sich das politische Klima in Europa bedrohlich verändert. Ängste vor Veränderungen,

Verlust und Armut werden absichtlich geschürt, Menschen werden gegeneinander ausgespielt. Die Gräben in der Gesellschaft vertiefen sich.

In Deutschland entwickelt sich die politische Landschaft alarmierend: Rechte und rechtsextreme Ansichten bekommen öffentlichen Rückhalt. Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nehmen zu. Menschen werden etwa aufgrund von Armut, Arbeitslosigkeit oder Obdach-

losigkeit herabgesetzt und sozial ausgegrenzt. Gleichzeitig werden zwingende Aufgaben wie Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zu lästigen Zumutungen abgewertet. Respektlosigkeit, Anfeindungen und das Leugnen von Fakten dominieren Teile der gesellschaftlichen Stimmung. Die Abgrenzung gegenüber Verächtern der Demokratie wie der AfD schwindet. Für Menschenrechte einzustehen, wird in Frage gestellt. Geflüchtete werden massiv entrechtet, sie und Menschen, die sie unterstützen, werden zunehmend kriminalisiert. Unser gesellschaftliches Zusammenleben, die Vielfalt und Fairness: Ja, unsere Demokratie ist in Gefahr.

Doch wir sind entschlossen, laut und aktiv zu werden: für eine offene, demokratische, plurale und solidarische Gesellschaft, gemeinsam gegen den Rechtsruck in Deutschland und Europa! Schweigen ist keine Option! Wir müssen sicht-

bar und hörbar werden. Die Zeit zu handeln ist jetzt, denn bei den Kommunal-, Landtags- und Europawahlen in 2024 geht es um viel!

Jetzt sind wir ALLE gefragt:

Für Solidarität und Respekt, gegen Hass und Hetze.

Für Gerechtigkeit und Toleranz, gegen Spaltung.

Für eine Gesellschaft, die niemanden zurücklässt, für Menschenwürde, gegen Ausgrenzung.

Für Selbstbestimmung und Humanität, Menschenrechte für Alle, gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.“

Hier findet ihr die Unterzeichnenden Organisationen.

Materialien und Veröffentlichungen

Studie Rassistische Diskriminierung im Kontext psychischer Gesundheitsversorgung (RaDiGe) sucht dringend Interviewpartner:innen

Die Universitätsmedizin Mainz sucht in Kooperation mit dem Beirat für Migration und Integration der Landeshauptstadt Mainz, dem Institut zur Förderung von Bildung und Integration sowie dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. dringend Interviewpartner:innen, die von ihren eigenen Rassismus-Erfahrungen im Zusammenhang mit psychischer Gesundheitsversorgung berichten können. Die Interviews können je nach Wunsch als Videoanruf, telefonisch oder persönlich in Mainz, Frankfurt a. M. oder Hanau geführt werden. Ihr findet alle weiteren Informationen [hier](#).

Studien zeigen: Immer mehr Geflüchtete haben einen Job

Die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt in Deutschland war in den letzten Jahren ein voller Erfolg. Die Erwerbstätigkeit ist laut einer Studie deutlich gestiegen. Um darauf aufbauen zu können, muss die Bleiberechtsperspektive für Schutzsuchende verbessert werden. Wie drei aktuelle Studien des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW)* zeigen, ist die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt in Deutschland in den letzten Jahren deutlich gelungen. Hierfür wurden Geflüchtete, die ab dem Jahr 2013 nach Deutschland gekommen sind, untersucht. Die Erwerbstätigenquote stieg von drei Prozent nach maximal einem Jahr Aufenthalt auf 49 Prozent nach fünf Jahren Aufenthalt, wie das DIW berichtet. Was auffällt: „Zwischen den Geschlechtern gebe es deutliche Unterschiede: Geflüchtete Frauen weisen nach drei und mehr Jahren Aufenthalt in Deutschland gegenüber geflüchteten Männern eine um mehr als 30 Prozentpunkte niedrigere Erwerbstätigenquote auf.“ so Elisa-

beth Liebau, Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts. Gründe dafür sind die ungleich verteilte Sorgearbeit und unterschiedlich mitgebrachte Qualifikationen und in Deutschland getätigte Bildungsinvestitionen. Dennoch steigt der Anteil an Erwerbstätigen für beide Geschlechter.

Die Studie hilft mit ihren Ergebnissen dabei, Geflüchteten in Deutschland zukünftig schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dazu hat die Bundesregierung Neuregelungen beschlossen, das Arbeitsverbot für Asylbewerber:innen und Geduldeten auf frühestens nach drei und spätestens sechs Monaten anstatt neun Monate zu kürzen.

Ebenfalls zeigt die Studie, dass Geflüchtete motiviert sind, nach höher qualifizierten Stellen zu streben und auch, dass der Arbeitsmarkt den Wechsel dahin ermöglichen kann.

Die Ergebnisse der Studie könnt Ihr [hier](#) nachlesen.

Zahlen & Fakten zu unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten

Der *Bundesfachverband für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF)* veröffentlichte ein Faktenblatt auf ihrer Website zu den aktuellen Zahlen der hierher unbegleiteten minderjährigen Flüchtenden. Demnach sollen im Jahr 2023 (Stand 30.09.2023) 10.900 unbegleitete Minderjährige einen Asylantrag gestellt haben. Das sind ca. 5% aller Erstantragstellenden in dem Jahr 2023. Ebenfalls wurden die Herkunftsländer aufgelistet: Afghanistan und Syrien mit Schutzquoten von jeweils 98%. Mit 3971 positiven von 4250 Entscheidungen liegt die Gesamtschutzquote für Asylanträge von unbegleiteten Minderjährigen bei rund 93%.

Laut Angaben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend lebten insgesamt 25.084 unbegleitete Minderjährige und junge Volljährige in der Zuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe, davon waren 17.657 unbegleitete Minderjährige und 7.427 junge Volljährige.

Das BumF erklärt, dass die Zahlen der Einreisen von jungen Geflüchteten auch durch den Krieg in der Ukraine gestiegen sind, diese aber nicht präzise ermittelt werden kann, da Menschen aus der Ukraine keinen Asylantrag stellen (müssen).

Termine und Veranstaltungen

Basiskurs Freiwilligenkoordination

- Mo 19. Februar 2024 | 9-16 Uhr | Di 20. Februar 2024 | 9-16 Uhr | Mi 21. Februar 2024 | 9-15:30 Uhr
- Online
- Kosten: 550 €, 470 € ermäßigt

Ihr findet alle wichtigen Informationen [hier](#).

Zusammenarbeit mit geflüchteten Familien in der Kita

- Mo 26. Februar 2024 | 18-20 Uhr
- Online
- Kosten: 10 €

Alle weiteren Informationen findet Ihr [hier](#).

Grundlagenschulung für die Arbeit mit (un)begleiteten geflüchteten Kindern und Jugendlichen

- Do 29. Februar 2024 | 10-13:30 Uhr
- Online
- Kosten: 120 €

[Hier](#) findet Ihr alle wichtigen Informationen.

Argumentationstraining gegen Stammtischparolen

- Di 5. März 2024 | 17-19 Uhr
- Online via ZOOM
- Kosten: 10 €

Alle weiteren Informationen findet Ihr [hier](#).

Aufruf zur Mitgliedschaft

civi kune RLP ist als Projekt beim *Flüchtlingsrat RLP e. V.* angesiedelt. Dieser ist als gemeinnütziger Verein auf Spenden angewiesen. Mit einer Mitgliedschaft tragt Ihr dazu bei, die Arbeit des Flüchtlingsrates zu stärken und seine finanzielle Unabhängigkeit sicherzustellen.

Der Flüchtlingsrat RLP e. V. ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Euer Mitgliedsbeitrag und Eure Spende steuerlich absetzbar. Mehr dazu findet Ihr auf dessen *Homepage*.



civi kune RLP

Facebook · Instagram

Flüchtlingsrat RLP e. V.

Facebook · Instagram

Sichert mit Eurer Spende die unabhängige Arbeit des Flüchtlingsrates RLP e. V.!

Als unabhängige Organisation finanzieren wir uns durch Spenden, Projektmittel und Mitgliedsbeiträge. Tragt mit einer Spende dazu bei, dass die solidarische Flüchtlingsarbeit in Rheinland-Pfalz bestehen bleibt.

Unser Konto:

Flüchtlingsrat RLP e.V.

Mainzer Volksbank

IBAN: DE39 5519 0000 0947 9510 18

BIC/SWIFT: MVBMD55

Auf Wunsch stellen wir gerne eine Spendenbescheinigung aus.